

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK ARTIKELFOLGE Was bleibt vom G8-Gipfel?

Putins unmoralisches Angebot

WAS BLEIBT VOM G8-GIPFEL? Russlands Vorschlag eines Raketenradars in Aserbajdschan zielt nicht auf Verständigung mit Amerika. Dem Kreml geht es um Machtausdehnung ***Josef Joffe***

Es fällt schwer, sich von dem Russland zu verabschieden, das am Weihnachtstag 1991 aus den Trümmern der Sowjetunion auferstanden war. Das war ein Land, das sich der Demokratisierung, der Rückkehr in die Staatengemeinschaft verschrieben hatte. Doch aus Schwäche, nicht aus Einsicht, wie sich unter Wladimir Putin herausstellen sollte.

Das neue Russland ist das alte, vorkommunistische: illiberal und antidemokratisch im Inneren, eine Mischung aus Verfolgungsangst und Vorherrschaftsanspruch im Äußeren jedenfalls im »nahen (exsowjetischen) Ausland« und im europäischen Vorfeld vom Baltikum bis zum Balkan. Putin ist Alexander und Nikolaus mit Pipelines und Ressourcen, einem viel eleganteren Machtinstrument in Zeiten knapper Energie als weiland 50000 Panzer und Tausende von Atomraketen. Aber längst wird auch da nachgelegt und modernisiert: mit neuen U-Booten sowie Raketen zu Wasser und zu Lande.

Ein klassisches Element des alt-neuen Kurses ist Putins Offensive gegen ein US-Radar in Tschechien und zehn Abwehrraketen in Polen. Lassen wir einmal beiseite, was das für Dinge sind, wie weit und schnell die fliegen, welcher Geometrie der ballistische Bogen ist, den ein iranisches Geschoss auf dem Weg nach Berlin oder gar Washington nehmen würde. Denn erst so wüsste man, wo der optimale

Abschussort für die Verteidiger liegen würde, und das müssten die amerikanischen Freunde noch genauer erklären, um allfällige Verschwörungstheorien zu entkräften.

Eines aber wissen Putin und seine Generäle heute schon: dass zwei Handvoll Antiraketen an der Weichsel ihren Offensivwaffen auf dem Weg in die USA nichts anhaben können. Die fliegen nämlich nach Norden über den Pol, nicht nach Westen über Prag. In Alaska lauern längst 14 Abfangraketen, welche die russische Seele nie aufgeraut haben. Und jetzt das neueste Gambit im Raketenschach, das diese Lesart indirekt bestätigt.

Nicht das Radar als solches nervt die Putinisten, sondern das Radar in der Ex-SSR, die sie als ihre Einflussphäre betrachten. Deshalb bieten sie den USA eine ältliche Anlage in Aserbajdschan an, die diese 2002 für zehn Jahre von Moskau gepachtet haben. Dumm nur, dass dieses Radar nur »gucken« und nicht führen, also anfliegende Geschosse nur erfassen, aber die eigenen nicht lenken kann. (Just das wäre die Funktion des Radars in Tschechien.) Um den Hohn vollzumachen, bietet Moskau den Irak als Raketenstandort an oder die Türkei.

Putin-Versteher könnten indes argumentieren: Das sei der Durchbruch; er habe das Prinzip der

gemeinsamen Verteidigung akzeptiert, jetzt ginge es nur noch um den Preis. Das wähnt auch George W. Bush, der Mann, der Putin 2001 »in die Augen geblickt« und ihn für »offen und vertrauenswürdig« befunden hat. Das Aserbajdschan-Angebot sei eine »positive Geste« gewesen. Dagegen steht der russische Außenminister Sergej Lawrow: »Zu glauben, dass wir uns am Bau eines solchen Potenzials beteiligen, ist Wunschdenken.«

Das sollte man in der Tat nicht glauben, weil Putin wie die weißen und roten Zaren in klassisch-russischen Großmächtskategorien denkt. Jenseits von Polen und Tschechien macht er Druck auf Georgien (Handelsembargo), auf das Kosovo (wo Russland zur uralten proserbischen Politik zurückkehrt), auf die Ukraine (wo pro- und antieuropäische Kräfte miteinander ringen), auf Estland, das kürzlich Opfer einer russischen Cyber-Attacke wurde. Seine offizielle E-Mail-Adresse sei zugemüllt, ließ der estnische Präsident den ZEIT-Reporter wissen; er möge doch die private nutzen.

All dem darf man entnehmen, dass es Moskau nicht um die Raketenabwehr geht, sondern um die Rückeroberung alter Einflussphären. Verständlich mag das sein, ein Problem auch für die Europäer ist es doch. Wieder einmal beansprucht Moskau ein Veto über die strategischen Entscheidungen

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

des Westens (die nicht einmal gegen Russland gerichtet sind), wieder einmal spielt es Europäer (die »alten«) gegen Europäer (die »neuen«) aus und alle zusammen

gegen die USA. Verständlich auch, dass die Westeuropäer keinen Konflikt mit Putin wollen. Nur Tony Blair gibt zu Protokoll, dass man im Westen »besorgt und verängstigt«

über die russische Außenpolitik sei. Das fällt ihm nicht schwer, weil er am 29. Juni in Rente geht.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

